

Verordnung
zur Durchsetzung des gemeinschaftlichen Fischereirechts
Vom 16. August 1984

Auf Grund des § 9 Abs. 4 des Seefischereigesetzes vom 12. Juli 1984 (BGBl. I S. 876) und des § 36 Abs. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 80, 520) wird verordnet:

§ 1

Durchsetzung technischer Erhaltungsmaßnahmen

Ordnungswidrig im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 5 des Seefischereigesetzes handelt, wer gegen ein Gebot oder Verbot der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 des Rates vom 25. Januar 1983 über technische Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände (ABl. EG Nr. L 24 S. 14), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2178/84 des Rates vom 23. Juli 1984 (ABl. EG Nr. L 199 S. 1), verstößt, indem er als Kapitän vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 2 Abs. 1, Artikel 3, Artikel 4 Abs. 1 oder Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 mit einem Netz fischt, dessen Maschen den vorgeschriebenen Anforderungen nicht entsprechen,
2. entgegen Artikel 7 Satz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 unzulässige Vorrichtungen als Netzzubehör benutzt,
3. entgegen Artikel 10 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 Beifänge, die nach deren Artikel 8 Abs. 1 Unterabs. 1 oder Abs. 3 oder Artikel 9 unzulässig sind, nicht oder nicht rechtzeitig ins Meer zurückwirft,
4. entgegen Artikel 11 Abs. 1 Unterabs. 1 oder Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 untermäßige Fische oder entgegen Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 in den dort bezeichneten Gebieten gefangenen Lachs nicht oder nicht rechtzeitig ins Meer zurückwirft,
5. entgegen Artikel 12 Abs. 2, Artikel 13 oder 15 Abs. 1 a Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 eine Fischart fängt, deren Fang in den dort bezeichneten Gebieten verboten ist,
6. entgegen Artikel 14 Abs. 1, 2 oder 3 Unterabs. 1 oder 2 oder Artikel 15 Abs. 1, 2, 3 Unterabs. 1 oder Abs. 4 Satz 1 oder 2 der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 unzulässige Fanggeräte verwendet,
7. entgegen Artikel 14 Abs. 3 Unterabs. 3 der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 mehr Seezunge oder Scholle als zulässig an Bord behält,
8. entgegen Artikel 14 Abs. 4 der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 in den bezeichneten Gebieten Baumkurren oder sonstige Schleppnetze nicht vorschriftsmäßig verstaut an Bord mit sich führt oder
9. entgegen Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 171/83 unzulässige Verarbeitungen an Bord vornimmt oder zuläßt.

§ 2

Durchsetzung bestimmter Kontrollmaßnahmen

Ordnungswidrig im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 5 des Seefischereigesetzes handelt, wer gegen ein Gebot oder Verbot der Verordnung (EWG) Nr. 2057/82 des Rates vom 29. Juni 1982 zur Festlegung bestimmter Maßnahmen zur Kontrolle der Fischereitätigkeit von Schiffen der Mitgliedstaaten (ABl. EG Nr. L 220 S. 1), geändert durch die Verordnung Nr. 1729/83 des Rates vom 20. Juni 1983 (ABl. EG Nr. L 169 S. 14), auch in Verbindung mit der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 der Kommission vom 22. September 1983 zur Festlegung der Einzelheiten der Aufzeichnung von Informationen über den Fischfang durch die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nr. L 276 S. 1), verstößt, indem er als Kapitän vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 3 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2057/82, auch in Verbindung mit Artikel 1 und Artikel 5 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83, ein Logbuch nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig führt,
2. a) entgegen Artikel 6 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2057/82, auch in Verbindung mit Artikel 2 Abs. 1 oder 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83, eine Anlandeerklärung,
- b) entgegen Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2057/82, auch in Verbindung mit Artikel 2 Abs. 2 oder 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83, eine Umladungserklärung oder
- c) entgegen Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2057/82, auch in Verbindung mit Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2807/83, eine Fangmeldung
- nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig abgibt,
3. entgegen Artikel 10 Abs. 3 Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2057/82 auf Fische eines Bestandes zu einem Zeitpunkt fischt, zu dem die Fangquote für den betreffenden Bestand als ausgeschöpft gilt, oder
4. entgegen Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 2057/82 in den bezeichneten Gebieten oder zu den bezeichneten Zeiten Netze nicht vorschriftsmäßig verstaut an Bord mit sich führt.

§ 3

Durchsetzung bestimmter Heringsfangverbote

Ordnungswidrig im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 5 des Seefischereigesetzes handelt, wer gegen ein Verbot der Verordnung (EWG) Nr. 2115/77 des Rates vom 27. September 1977 zum Verbot des unmittelbaren Fangs und der Anlandung von Heringen für industrielle

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält:

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1. Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,55 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,70 DM (6,80 DM zuzüglich 1,10 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Postfach 13 20 - 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück - Z 5702 A - Gebühr bezahlt

Zwecke ohne Bestimmung für den menschlichen Verzehr (ABl. EG Nr. L 247 S. 2) verstößt, indem er als Kapitän vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2115/77 in den bezeichneten Gebieten Heringe für industrielle Zwecke fängt oder
2. entgegen Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2115/77 für industrielle Zwecke gefangene Heringe in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anlandet.

§ 4

Zuständigkeit

Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 9 des Seefischereigesetzes wird auf die Außenstelle Hamburg des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft übertragen.

§ 5

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 14 des Seefischereigesetzes auch im Land Berlin.

§ 6

Inkrafttreten; abgelöste Vorschriften

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten die Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 vom 8. August 1978 (BGBl. I S. 1265) sowie die §§ 3, 4 Abs. 1 bis 4 und § 6 Nr. 2 und 3 der Fünften Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 vom 15. März 1982 (BGBl. II S. 258) außer Kraft.

Bonn, den 16. August 1984

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
In Vertretung des Staatssekretärs
Genske